

Was wird aus unseren Arbeitsplätzen? Was wird mit meinem alten Dieselauto? Was wird aus unserer Umwelt? Was wird mit unserer Existenz?

In Stuttgart gibt es aktuell unterschiedlichste Protestaktionen, die sich zu widersprechen scheinen.

4-5000 Kolleg/innen streikten jüngst bei Bosch für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Bei Daimler, Audi und den vielen Zulieferern zittern viele um den Job. Leih-Kolleg/innen droht akut der Rausschmiss. Hier sagen viele Kollegen: Lassen wir uns nicht spalten, Solidarität!

Samstags demonstrieren viele gegen das Dieselfahrverbot; zumeist Menschen, die sich ein neues Auto einfach nicht leisten können und von Regierung und Autokonzernen schlicht enteignet werden.

Freitags fordern tausende Jugendliche und

immer mehr Erwachsene auf den Friday For Future-Demonstrationen Umweltschutz und effektive Klimaschutz-Maßnahmen.

Was so widersprüchlich erscheint, wird jedoch durch eins vereint: Allen geht es um die Existenz, um die ökonomische wie überhaupt um die lebenswerte Zukunft aller.

Merkwürdig! In Deutschland, einem der reichsten Länder der Erde, ist es anscheinend nicht möglich, den Menschen die Existenz zu sichern. Im Gegenteil! Die Bedrohungen nehmen ständig zu!

Aber das Privateigentum, der Gewinn, der Profit - sie sind in diesem Land heilig! Lasten werden immer nach unten, auf die arbeitenden und arm gemachten Menschen abgewälzt

oder auf die Natur. Und die Menschen werden gegeneinander ausgespielt: Schüler gegen Arbeiter, Alte gegen Junge und umgekehrt, Einheimische gegen Fremde...

Wie können wir in dieser Gesellschaftsordnung Kapitalismus überleben, die alle Lasten nach unten wälzt, Menschen gegen Menschen hetzt nach dem Motto „Teile und herrsche“ - und die Umwelt bedroht?

Natürlich sind die meisten Menschen, die um ihren Arbeitsplatz bangen, die sich kein neues Auto leisten können, für Umweltschutz - auch im eigenen Interesse und dem ihrer Familien. Doch dazu dürfen nicht sie herangezogen werden, sondern...

...die Verantwortlichen: Das Kapital und seine Regierung, die Bundesregierung!

Die Verantwortung für Klima- und Umweltpolitik und ihre aktuellen Maßnahmen tragen CDU, SPD und die Grünen. **Sie haben die geltenden Gesetze beschlossen!** Und sie verkaufen diese als Maßnahmen für eine saubere und gesunde Umwelt. **Lügen!!**

Der derzeitige so genannte Verkehrsminister der CSU, Andreas Scheuer, der bei Maibritt Illner den Kollegen Sakkaros auf offener Bühne verarschte, weigert sich, gedeckt von der Bundesregierung, die anderen Verantwortlichen, die Automobilindustrie-Vorstände per Gesetz und Verordnung zu zwingen, die bewiesenen Betrügereien auf Kosten ihrer Konzerne zu beseitigen.

Diese Regierung vertritt offen die Interessen des Großkapitals - beim Braunkohle-

abbau, beim Abgasskandal, bei Glyphosat, beim Wohnungsbau. Auf internationalen Konferenzen spielt man Klimaretter. Aber die Versprechen dort sind für die Tonne! Fast nichts wird umgesetzt. Statt den öffentlichen Nah- und Fernverkehr endlich auszubauen, versenkt man weit über 10 Milliarden Euro im Immobilien-Spekulationsprojekt „Stuttgart 21“. Statt endlich ausreichend bezahlbare Wohnungen zu bauen, werden Eigenheime für die Besitzenden gefördert und damit die Landschaft zersiedelt und der Umwelt geschadet.

Und die Großkonzerne? Sie nehmen weder Rücksicht auf die Umwelt noch auf die betrogenen Käufer, und gleich gar nicht auf die Kolleg/innen in den Betrieben. Für sie zählt allein der Profit. Prof. Winterkorn, Ex-VW-Boss z.B. will vom Abgasskandal nichts gewusst haben, verdiente aber 17 Millionen Euro im Jahr.

Alle die die Umwelt schützen, Arbeitsplätze verteidigen wollen, müssen offensichtlich gemeinsam etwas gegen den herrschenden Kapitalismus unternehmen!

Zugleich müssen wir aktuell in diesem System dafür kämpfen, dass nicht wir alle mit unserer Existenz zahlen, sondern das Kapital zur Rechenschaft gezogen wird.

Wenn zukünftig in vielen Industriesektoren weniger Arbeit notwendig ist, ist das eigentlich gut; das ist Fortschritt. Aber das bedeutet auch:

Wir brauchen drastische Arbeitszeitverkürzung für alle - bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Ein Fall für offensiven gewerkschaftlichen Kampf! Hier und da individuell ein paar Stunden auf eigene Kosten zu kürzen, bringt gar nichts!

Die Umweltschäden muss das Kapital zahlen, das diese verursacht hat! Und: Statt Enteignung derjenigen, die sich kein neues Auto leisten können, Nachrüstung oder Ersatz auf Kosten der Autokonzerne!

Beim Klimaschutz muss endlich Schluss sein mit der Politik für Konzerne und Profite!

Natürlich kann und soll auch jeder Einzelne das ändern, was er persönlich ändern kann. Aber uns alle vereint ein gemeinsamer Kampf:

Alle gemeinsam gegen das Kapital!

Zum Thema „Arbeitsplätze, Umwelt, Dieselfahrverbot - wie paßt das zusammen?“ laden wir zu einer Diskussion ein - siehe Kasten.

Wer ist "Arbeit Zukunft"?

„Arbeit Zukunft“ ist die Zeitung der „Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Wir wollen eine starke Kommunistische Partei, in der die Interessen der Arbeiter und unteren Angestellten vornean stehen. Wir kämpfen für einen Sozialismus, der aus den Fehlern und Mängeln der Vergangenheit lernt. In unseren Reihen kämpfen Genossinnen und Genossen unterschiedlicher Herkunft vereint: Ehemalige Mitglieder von KPD, DKP, MLPD. Wir meinen: Das Gemeinsame muss im Vordergrund stehen, um wieder eine starke KP zu schaffen. Wo immer möglich, arbeiten wir mit anderen zusammen.

ARBEIT ZUKUNFT

FRIEDEN, ARBEIT, WOHNUNG, AUSKOMMEN UND GLEICHE RECHTE FÜR ALLE

**Diskussionstreffen:
Arbeit, Umwelt, Zukunft**

**am Donnerstag, 11. April
um 19 Uhr
im Stadtteilzentrum Gasparitsch
Rotenbergstraße 125
70190 Stuttgart**

Stoppt den Mietwahnsinn!

Für nächsten Samstag, den 6. April 2019, ruft ein breites Bündnis in Stuttgart zur Demonstration auf! Motto:

Mieten runter – Wohnen muss bezahlbar sein!

Auftakt ist um 14:00 Uhr auf dem Schlossplatz. Es geht um eine Wohnungspolitik nach dem Grundsatz „Menschen vor Profit“! Die zentrale Forderungen des Bündnisses sind:

- * Bezahlbare Wohnungen für alle – jetzt!
- * Sozialen Wohnungsbau in öffentlicher Hand massiv ausweiten!
- * Leerstand konsequent und ohne Kompromisse in Wohnraum umwandeln!
- * Zwangsräumungen stoppen!
- * Keine Verdrängung durch Modernisierung und Abriss!
- * Boden ist keine Ware – Spekulation stoppen!

Arbeit Zukunft ruft alle Kolleg/innen und Kollegen auf: **Nehmt teil, nehmt Familien und Freunde mit. Hier gehören alle auf die Straße!**

In Stuttgart explodieren die Mieten. Auch immer mehr Kolleginnen und Kollegen werden durch Mieterhöhungen, durch Umwandlung in Eigentumswohnungen aus ihren Wohnungen und Stadtteilen vertrieben, werden Opfer von Wohnungsnot. Das Thema ist auch in Werkstatt, Werkhalle und Büro gegenwärtig!

Seit 2010 stiegen die Stuttgarter Mieten um 30 Prozent, für Neuvermietungen sogar um 45 Prozent! Für Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte mit geringem und mittlerem Einkommen, für Auszubildende, Studierende, Alleinerziehende, für Arbeitslose und Rentner/innen - der reine Wahnsinn!

Stuttgarter Mieterhaushalte mit einem Nettoeinkommen unter 1300 € geben durchschnittlich fast 60 % ihres Einkommens dafür aus. Unsichere Arbeitsverhältnisse, Teilzeitjobs, Leih- und Zeitarbeit machen zusätzlich Angst! Werden wir aus unseren Wohnungen vertrieben?

Tausende Wohnungen stehen zugleich in der Stadt leer! Die Stadt unternimmt nichts dagegen. Oft spekulieren die Besitzer mit ihnen: Privatleute, vor allem aber Unternehmen, Banken, Konzerne. Erhaltenswerte Wohnungen lassen sie abreißen und ersetzen sie durch unerschwingliche Neubauten. Renovierungen finden nur statt, um danach ganz legal die Mieten drastisch zu steigern. Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt dramatisch. Gab es 1987 noch 33.500 Sozialwohnungen, waren es 2017 in Stutt-



gart nur noch 14.443. Der reine Wahnsinn!

Solidarität mit dem aktiven Widerstand!

Seit letztem Jahr gab es in Stuttgart mehrere Wohnungsbesetzungen durch Aktivistinnen und bedürftige Wohnungssuchende. Ein Versuch, der Not zu entkommen und legitimer Protest gegen die Wohnungspolitik in Stuttgart. Der grüne Oberbürgermeister Kuhn hat kein einziges seiner pompösen Wahl-Versprechen eingehalten, sozialen Wohnraum zu schaffen. Stattdessen lässt seine Stadtverwaltung diese Aktivist/innen, die legitimen Widerstand leisten, mit massiver Polizeigewalt räumen! Das ist die Antwort der grünen Immobilienkapital-Partei auf berechtigten Protest. Kuhns Partei sieht die Beendigung der Wohnungsnot nicht im Bau preiswerter öffentlicher Mietwohnungen, die sich Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte auch leisten können, sondern im aggressiven Profitstreben des kleinen wie des großen Immobilienkapitals ala Vonovia. Auch die stadteigene Wohnungsgesellschaft SWSG beteiligt sich im Namen der Stadt an dem Wahnsinn! Hier geht's um Profit und Cash, übrigens auch für das Monopol- und Bankkapital, das auch in den Mietwahnsinn investiert. Deshalb ist es auch richtig zu fordern: „**Enteignet die Banken und Konzerne!**“

Der Kampf um ausreichend bezahlbaren Wohnraum muss auch von den Gewerkschaften getragen werden!

Deshalb ist es zu begrüßen, dass das Bündnis für die Demo am 6. April auch von der Gewerkschaft ver.di, von etlichen gewerkschaftlichen Gremien der IG Metall und dem DGB unterstützt wird.

Kolleg/innen! Solidarität mit diesem Kampf ist Eintreten für die eigenen Interessen. Gewerkschafter/innen, Vertrauensleute, Betriebsräte, solidarisiert Euch! Und: lassen wir uns nicht aufhetzen!

Rechte Hetzer versuchen völlig neben der Realität, Geflüchtete für die Wohnungsnot verantwortlich zu machen, die es durch Vorurteile, Rassismus und Diskriminierung besonders schwer haben bei der Wohnungssuche. Nein! Verantwortlich sind Immobilienkonzerne, Spekulanten und die herrschende (auch grüne!) Politik, denen die Profite für wenige wichtiger sind als bezahlbarer Wohnraum für alle. Der Wahnsinn hat System: Reiche und Immobilienkonzerne wie Vonovia wollen Profit, wollen „Cash“ machen mit der Wohnungsnot, betreiben Mietwucher und missbrauchen Wohnungsmodernisierung zur Vertreibung der alteingesessenen Mieter/innen.

Ein tiefgreifender Wandel in der Wohnungspolitik ist deshalb erforderlich. Auch die Enteignung des Wohnkapitals darf kein Tabu sein! (Bei der Enteignung von Dieselautobesitzern hatten die Herrschenden bekanntlich keine Bedenken!!)

Auch in Stuttgart müssen wir am 6. April auf die Straße gegen Wohnungsnot und Mietwahnsinn! Zeigt Euch als Gewerkschafter/innen, nehmt Fahnen, Mützen, Abzeichen unserer Gewerkschaften mit! Wohnen ist ein zentrales Thema der Arbeiter/innen und Angestellten, der Erwerbslosen, Azubis, Studis und Rentner/innen!

ARBEIT ZUKUNFT
FRIEDEN, ARBEIT, WOHNUNG, AUSKOMMEN UND GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!

**Diskussionstreffen:
Arbeit, Umwelt, Zukunft**

**am Donnerstag, 11. April
um 19 Uhr
im Stadtteilzentrum Gasparitsch
Rotenbergstraße 125
70190 Stuttgart**

Kontakt zu uns:

**Verlag AZ, Postf. 401051,
70410 Stuttgart
oder
info@arbeit-zukunft.de**

Du kannst gern 2 Probeexemplare unserer Zeitung „Arbeit Zukunft“ kostenlos anfordern.